

## Auszug Landtagswahlprogramme:

### CDU



### Flüchtlingspolitik

Die grün-rote Landesregierung sei in der Flüchtlingskrise überfordert, heißt es im CDU-Parteiprogramm. Das Chaos bei den Zuständigkeiten führe dazu, dass "Konzepte fehlen, Ideen überhört und Anregungen aus der Praxis und den Kommunen ignoriert werden". Einen Ausweg sieht die CDU vor allem darin, die Asylverfahren zu beschleunigen. Alle beteiligten Behörden und Gerichte sollen dabei in sogenannten "Landeskompetenzzentren für Asyl und Flüchtlinge" zusammenarbeiten. Dort sollen statt Taschengeld Sachleistungen an Flüchtlinge ohne Bleiberechtsperspektive ausgegeben werden, um keine falschen Anreize zu bieten, nach Deutschland zu kommen. Auch eine Gesundheitskarte sollen Asylbewerber nicht vor ihrer Anerkennung erhalten. Wer als Asylbewerber nicht anerkannt wurde, soll konsequent abgeschoben werden - ohne vorherige Ankündigung und zu jeder Jahreszeit. Flüchtlinge müssten die "deutsche Rechts- und Werteordnung anerkennen und respektieren" und die deutsche Sprache lernen. In Kommunen, in denen viele Flüchtlinge untergebracht sind, müsse das Land dafür sorgen, dass "die Bevölkerung mit den alltäglichen Herausforderungen, die mit einer großen Zahl von untergebrachten Asylsuchenden einhergehen, nicht alleine gelassen wird".

### Kinderbetreuung

Die Christdemokraten wollen eine "flächendeckende Versorgung mit Kindertagesstätten" gewährleisten. In der Kleinkindbetreuung sollen die Arbeitsbedingungen für Tagesmütter und -väter verbessert werden. Das Betreuungsgeld würde eine CDU-geführte Landesregierung als Landesleistung weiterführen.

(Hintergrund: Das Bundesverfassungsgericht hatte Mitte 2015 geurteilt, dass das 2013 eingeführte Betreuungsgeld verfassungswidrig ist. Es kam Eltern zugute, die ihr Kleinkind zwischen 15 Monaten und drei Jahren nicht in einer staatlich finanzierten Einrichtung betreuen lassen und betrug 150 Euro im Monat. Bayern führt das Betreuungsgeld als Landesleistung weiter.)

Für Kinder ab fünf Jahren soll ein beitragsfreies und verpflichtendes letztes Kindergartenjahr eingeführt werden.

## **Schulpolitik: Gemeinschaftsschulen**

Die Gemeinschaftsschulen kritisiert die CDU scharf: als Einrichtungen, „in der alle Kinder vom Sonderschüler bis zum Hochbegabten in einer Gruppe unterrichtet werden, in der Lehrer nur noch Lernbegleiter sind, eine Schule ohne Noten und ohne „Sitzenbleiben“. Deshalb wollen die Christdemokraten keine neuen Gemeinschaftsschulen einrichten. Die bereits Bestehenden sollen allerdings nicht abgeschafft werden. Die „finanzielle Überprivilegierung“ des neuen Schultyps will die CDU allerdings beenden. Leistungen sollen wieder mit Noten bewertet und das Sitzenbleiben wieder eingeführt werden. Gemeinschaftsschulen sollen keine Oberstufen einrichten können, die zum Abitur führen – begabte Schüler sollen an berufliche Gymnasien wechseln können. Auch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung monieren die Christdemokraten.

## **Schulpolitik: Ganztagschulen**

Die Christdemokraten kritisieren die "einseitige Förderung der verpflichtenden Ganztagschule durch die grün-rote Landesregierung". Schulen sollen selber entscheiden können, ob sie ein Ganztagesangebot schaffen. Familien sollen sich allerdings darauf verlassen können, dass Schulkinder bei Bedarf auch nachmittags betreut werden. Dafür sollen die Ganztageschulen qualitativ und quantitativ ausgebaut werden. Die Kernzeitenbetreuung soll bis in die 7. Klasse verlängert werden. Berufstätige sollen ein "qualitativ gutes Ganztagesangebot in erreichbarer Nähe" vorfinden.

## **Schulpolitik: Inklusion**

Die Christdemokraten betonen, dass die Inklusion von Kindern mit Behinderungen an Regelschulen grundsätzlich begrüßenswert sei. Allerdings habe Grün-Rot „hier große und zum Teil unrealistische Erwartungen geweckt“ und mit der Verankerung der Inklusion im Schulgesetz Eltern, Kinder und Schulen verunsichert. „Während für manche Kinder der Besuch einer allgemeinen Schule ein guter Weg ist, können andere Kinder auf einer Sonderschule besser gefördert werden“, findet die CDU. Eltern sollen die Wahl zwischen den Angeboten haben, eine bessere Beratung soll sie aber aufklären, was vor Ort überhaupt möglich ist. An Regelschulen soll das "Zwei-Pädagogen-Prinzip" eingeführt werden: Lehrer sollen durch eine sonderpädagogische Fachkraft unterstützt werden. Das „bewährte und differenzierte System der Sonderschulen“ soll weiterhin bestehen bleiben, fordern die Christdemokraten.

## **Verkehr**

Die Christdemokraten bekennen sich in ihrem Programm "klar zum Automobilland Baden-Württemberg". Die Verkehrspolitik der grün-roten Landesregierung kritisiert die CDU stark: zwischen 2011 und 2014 habe

"absoluter Stillstand" im Landes- und kommunalen Straßenbau geherrscht. Das "Zukunftsprojekt Stuttgart 21" und die Bahn-Neubaustrecke nach Ulm haben die Grünen verhindern wollen.

Deshalb brauche Baden-Württemberg einen "Paradigmenwechsel" in der Verkehrspolitik. Nötig sei der gezielte Ausbau und Neubau von Straßen, um den "steigenden Anforderungen an unsere Infrastruktur und den Mobilitätsbedürfnissen in Zukunft gerecht zu werden". Wer den Straßenbau verteufele und sich nur auf den Erhalt der bestehenden Straßen konzentriere wie die grün-rote Landesregierung, handele "an den Bedürfnissen der Menschen und Unternehmen in Baden-Württemberg vorbei". Die CDU will in den kommenden fünf Jahren eine Milliarde Euro für den Landesstraßenbau einsetzen.

## **Innere Sicherheit**

Die Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen habe für die CDU "oberste Priorität", heißt es im Wahlprogramm. Deshalb wollen die Christdemokraten für mehr Polizeistreifen in Wohngebieten sorgen und die Routen der Einbrecher mit Zivilfahndern überwachen. Die L-Bank soll zinsgünstige Darlehen für bauliche Schutzmaßnahmen gegen Einbruch bereitstellen. Die grün-rote Landesregierung habe bislang "kein schlüssiges, effektives und wirksames Gesamtkonzept gegen die Einbruchskriminalität" vorgelegt, kritisieren die Christdemokraten. Außerdem monieren sie die "überdimensionierte, teure Polizeireform".

Die Polizei soll laut CDU-Plänen um 1500 Stellen verstärkt werden. Bessere Besoldung und Aufstiegsmöglichkeiten sollen die Attraktivität des Berufs steigern. Zusätzlich sollen in Abstimmung mit den Kommunen "kommunale Ordnungsdienste" eingerichtet werden, die landesweit einheitlich ausgerüstet und bezahlt werden.

# SPD



## Flüchtlingspolitik

„Schon aufgrund ihrer Geschichte steht die Sozialdemokratie zum Grundrecht auf Asyl“, heißt es im Wahlprogramm der SPD. Bei Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten (wie bsp. Balkanländern), die kein Recht auf Asyl haben, sollen die Asylverfahren aber bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen abgeschlossen werden. Die SPD betont die Bedeutung der Integration: an den baden-württembergischen Schulen seien bereits 1900 Vorbereitungsklassen für Flüchtlinge mit intensiver Sprachförderung eingerichtet worden. Ein Landesprogramm setze Anreize für Betriebe, Flüchtlinge auszubilden. Außerdem habe die SPD die Sprachkurse für Flüchtlinge ausgebaut.

Die Sozialdemokraten wollen die Flüchtlinge dezentral unterbringen und die Erstaufnahmeeinrichtungen gerecht auf das Land verteilen. Eine Gesundheitskarte soll die Versorgung der Flüchtlinge verbessern. Ehrenamtliche Helfer sollen durch Hauptamtliche stärker unterstützt werden.

## Kinderbetreuung

Die Sozialdemokraten betonen ihren Beitrag beim Ausbau der Krippenplätze für Ein- bis Dreijährige Kinder (Eltern haben seit August 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Platz). Bei der Zahl der Plätze habe die grün-rote Landesregierung Baden Württemberg "von ganz hinten in die Spitzengruppe aller Bundesländer geführt". Deshalb sei die Zahl der Ein- und Zweijährigen, die eine Krippe besuchen, im Vergleich zum Jahr 2010 unter Schwarz-Gelb um mehr als 50 Prozent gestiegen. Auch die Qualität der Betreuung sei Spitze. In Einrichtungen mit vielen Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache werde der Spracherwerb besonders gefördert.

Die SPD möchte die Gebühren für Krippen und Kindergärten in der kommenden Legislaturperiode schrittweise abschaffen.

## **Schulpolitik: Gemeinschaftsschulen**

Die Sozialdemokraten sehen die Gemeinschaftsschulen als Erfolgsmodell: diese biete „Kindern und Jugendlichen die bestmögliche individuelle Förderung, ein breites Spektrum unterschiedlicher Anforderungsniveaus und die Möglichkeit, sämtliche Schulabschlüsse zu erreichen“. Außerdem verhindere sie Schulschließungen im ländlichen Raum. Die SPD will deshalb am „bedarfsorientierten Ausbau“ des neuen Schultyps festhalten. Auf Antrag des Schulträgers sollen gymnasiale Oberstufen eingerichtet werden können.

## **Schulpolitik: Ganztagschulen**

Die Sozialdemokraten wollen allen Eltern in Baden-Württemberg eine "Ganztags-Garantie" geben: sie sollen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder - falls gewünscht - vom ersten Geburtstag bis zum letzten Schultag ganztags betreut werden. Bis zum Jahr 2023 sollen 70 Prozent aller Grundschulen zu Ganztagschulen werden. Die Kommunen sollen vor Ort entscheiden, ob eine Ganztagschule gewünscht wird - und wenn ja, ob diese verbindlich oder frei wählbar sein soll. Auch weiterführende Schulen sollen die Möglichkeit erhalten, sich in eine Ganztagschule umzuwandeln.

## **Schulpolitik: Inklusion**

Die SPD betont, dass das von der grün-roten Landesregierung verabschiedete Schulgesetz „die gesetzliche Grundlage für die Inklusion“ geschaffen habe. Eltern könnten sich jetzt frei entscheiden, ob ihr Kind eine Regelschule oder eine Sonderschule besuchen soll – letztere würden zu Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentren weiterentwickelt. An beiden Schultypen soll ein „hohes Niveau sonderpädagogischer Angebote“ verwirklicht werden.

## **Verkehr**

"Gerade im ländlichen Raum" sei eine gut ausgebaute Straßeninfrastruktur Voraussetzung für Mobilität und eine funktionierende Wirtschaft, heißt es bei der SPD. Von den CDU-geführten Landesregierungen sei der Verfall der Infrastruktur allerdings "billigend in Kauf genommen" worden. Die grün-rote Landesregierung habe hingegen die Mittel für den Erhalt von Landesstraßen und Brücken verdreifacht. Für die Beseitigung von Lücken im Straßennetz sei ein eigenes Programm aufgelegt worden. In Zukunft will die SPD die Angebote im öffentlichen Nahverkehr weiter ausbauen. Moderne Regionalzüge sollen in einem attraktiven Takt fahren. Auch das Radwegenetz in Baden-Württemberg soll lückenlos ausgebaut werden.

## **Innere Sicherheit**

Für Betroffene sei ein Wohnungseinbruch "immer ein besonderer Eingriff in die engste Privatsphäre mit langen Nachwirkungen", heißt es bei den Sozialdemokraten. Deshalb habe die SPD, die in grün-roten Landesregierung mit Reinhold Gall den Innenminister stellte, zusammen mit dem Landeskriminalamt eine Koordinierungsstelle zur offensiven Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen eingerichtet. Beamte sollen mithilfe einer speziellen Software Einbrüchen besser vorbeugen können. Das Konzept, das dem Polizeidienst "226 Personalstellenmehr als geplant zur Verfügung stellt", zeige bereits erste Erfolge: die Aufklärungsquote steige.

Die SPD zieht eine positive Bilanz der Polizeireform: dadurch seien "zwölf leistungsfähige Regionalpräsidien geschaffen, Hierarchien verschlankt und Kompetenzen gebündelt" worden. Um die zunehmende Gewalt gegen Polizisten zu reduzieren, sollen Beamte zukünftig mit einer körpernah getragenen Kamera ausgestattet werden, die Angriffe dokumentiert. Um andererseits Übergriffe durch Polizisten aufklären und ahnden zu können, sollen Beamte bei Demonstrationen und Großereignissen mit einem anonymisierten Identifikationsmerkmal ausgestattet werden. Die SPD will möglichst viele Menschen mit Migrationshintergrund für den Polizeidienst gewinnen und begrüßt, dass deren Anteil in Baden-Württemberg bereits heute mit 20 Prozent am höchsten in Deutschland sei.

## Bündnis90/ Die Grünen



### Flüchtlingspolitik

"Als chancenreiches und wohlhabendes Land" habe Baden-Württemberg eine "besondere Verantwortung gegenüber Flüchtlingen", heißt es im Parteiprogramm. Die Menschen, die hierher geflohen sind und bleiben werden, sollen das Land in wenigen Jahren als "neue Heimat" empfinden. Dafür soll die Infrastruktur für Integration besonders in den Bereichen Bildung, Arbeit, Wohnen und gesellschaftlicher Teilhabe ausgebaut werden. Die grün-geführte Landesregierung habe bereits die Zahl der Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen massiv erhöht, in Heidelberg ein "bundesweit beispielgebendes Registrierzentrum" geschaffen, eine bessere Sprachförderung eingeführt und die Kommunen bei der Schaffung neuer Wohnungen unterstützt.

Eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge soll schnellstmöglich eingeführt werden. Flüchtlinge, die sich in einer Ausbildung befinden, sollen währenddessen und in den ersten beiden Jahren der Beschäftigung nicht abgeschoben werden. Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wird, müssten das Land verlassen - dabei habe aber die "freiwillige Rückkehr Vorrang vor der zwangsweisen Rückführung".

### Kinderbetreuung

Die Grünen betonen, dass die grün-geführte Landesregierung die Mittel für die frühkindliche Bildung von 83 Millionen Euro im Jahr 2010 auf 795 Millionen Euro im Jahr 2016 fast verzehnfacht habe. Die Partei will das Betreuungsgeld nicht als Landesleistung weiterführen, sondern die freiwerdenden Mittel in die Betreuung von Kleinkindern Bildung investieren. Tageseltern könnten in Baden-Württemberg unter guten Bedingungen arbeiten, da sich die Landeszuschüsse von 12 Millionen Euro im Jahr 2011 auf 44 Millionen Euro erhöht hätten.

Den kostenlosen Besuch von Krippen und Kindergärten halten die Grünen zum aktuellen Zeitpunkt für nicht finanzierbar.

## **Schulpolitik: Gemeinschaftsschule**

Die Einführung der Gemeinschaftsschule sehen die Grünen als Erfolg: diese sei eine „lange überfällige“ und sozial gerechte Schulform. Die Nachfrage nach dem neuen Schultyp sei deshalb groß. Die Grünen setzen sich dafür ein, dass zukünftig überall in Baden-Württemberg Kinder die Option erhalten, eine Gemeinschaftsschule zu besuchen. Zukünftig sollen Einrichtungen mit einer ausreichend großen Schülerzahl eine eigene Oberstufe einrichten und das Abitur anbieten können: „Die Gemeinschaftsschule eröffnet somit einen neunjährigen Weg zum Abitur.“

## **Schulpolitik: Ganztagschulen**

Ganztagschulen seien "nicht nur wichtig für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern leisten auch einen wichtigen Beitrag zu Chancen- und Bildungsgerechtigkeit", heißt es im Wahlprogramm der Grünen. Deshalb sollen Ganztagschulen weiter ausgebaut werden. Eine weitere grün-geführte Landesregierung werde dafür die notwendigen Lehrerstellen schaffen. Die Grünen begrüßen es, wenn Sportvereine, Musikschulen und Jugendkunstschulen Angebote an Ganztagschulen machen.

## **Schulpolitik: Inklusion**

Mit dem neuen Schulgesetz sei das Recht auf inklusive Beschulung verankert worden, betonen die Grünen. Bislang habe die grün geführte Landesregierung dafür 400 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen, heißt es im Parteiprogramm. Die Kommunen sollen bis 2019 mehr als 100 Millionen Euro erhalten, um Kosten der Inklusion wie Baumaßnahmen, Schülertransport oder Schulbegleitung zu finanzieren. Die Wahlfreiheit der Eltern gelte auch bei der Inklusion. Sonderschulen sollen nicht abgeschafft, sondern zu „Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentren“ weiterentwickelt werden.

## **Verkehr**

Die Grünen sehen Verkehrspolitik auch als "aktive Klimaschutzpolitik". Bis 2020 sollen die Kohlendioxid-Emissionen des Verkehrssektors um 25 Prozent reduziert werden. Langfristig soll der Verkehr "vollständig auf erneuerbare Energieträger" umgestellt werden. Alle öffentlichen Verkehrsmittel sollen in ganz Baden-Württemberg "mindestens im Stundentakt" verkehren. Mindestens 60 Prozent der Verkehrsinvestitionen sollen in den Umweltverbund (öffentlicher Nahverkehr, Fahrrad- und Fußwege) fließen. Elektromobilität und Carsharing sollen gefördert werden. Beim landeseigenen Straßennetz soll das Motto "Erhalt vor Aus- und Neubau" gelten. Der Neubau von Straßen müsse sich auf hochbelastete Hauptverkehrsachsen und stark befahrene Ortsdurchfahrten konzentrieren.



## **Innere Sicherheit**

Als "Partei der Bürgerrechte" wollen sich die Grünen der Herausforderung stellen, "im Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit die Balance zu halten". Die grün-geführte Landesregierung habe ein "umfassendes Offensivkonzept gegen Wohnungseinbrüche" auf den Weg gebracht. 226 Polizeistellen, die "nach den Plänen der CDU-Vorgängerregierung wegfallen sollten", blieben erhalten. In den nächsten Jahren soll es 2800 Ausbildungsplätze für neue Polizist/innen geben. Die Zahl der Wohnungseinbrüche sei inzwischen "deutlich zurückgegangen", die Aufklärungsquote habe sich verbessert.

Die Polizeireform habe "leistungsstarke regionale Polizeipräsidien geschaffen" und mehr Polizisten auf die Straße gebracht. Die Reform soll evaluiert werden, um gegebenenfalls "notwendige Optimierungen" vornehmen zu können.

# FDP



## Flüchtlingspolitik

Die FDP betont die Verantwortung für Flüchtlinge, die vor Verfolgung und Bürgerkriegen fliehen. Wer allerdings keinen Asylgrund in Baden-Württemberg hat, soll bereits aus den Sammelunterkünften abgeschoben werden. Junge Flüchtlinge sollen eine „angemessene schulische und berufliche Ausbildung“; bei erfolgreicher Ausbildung sollen sie auch in Deutschland bleiben dürfen, wenn der Fluchtgrund weggefallen ist. Bei anerkannten Flüchtlingen soll der Bildungsstand erhoben werden, um geeignete Angebote machen zu können. Das Land Baden-Württemberg soll mehr Geld an die Stadt- und Landkreise zahlen, damit diese die Kosten für Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge davon bestreiten können, fordert die FDP. Für ehrenamtliche Helfer sollen die Rahmenbedingungen verbessert werden.

## Kinderbetreuung

Die FDP will eine "hohe Qualität der frühkindlichen Betreuungsangebote" sicherstellen. Eltern sollen die Wahl zwischen Tageseltern und Kindertagesstätten haben. Deshalb sollen Tageseltern stärker gefördert werden. Außerdem wollen die Liberalen ein Gutscheinmodell entwickeln: Eltern sollen Gutscheine erhalten, die sie für ihre Kinder einsetzen können; damit soll "die Finanzierung von frühkindlicher Betreuung auf eine tragfähige Grundlage" gestellt werden.

Die Sprachtests bei Vorschulkindern, die heute schon praktiziert werden, will die FDP ausbauen. Dabei sollen Kinder und Eltern nicht nur auf Defizite hingewiesen werden, auch Begabungen und Neigungen sollen gefördert werden. Die Eltern sollen die Grundschule für ihre Kinder frei wählen dürfen. Dafür sollen die Schulbezirke abgeschafft werden.

## Schulpolitik: Gemeinschaftsschulen

Die Liberalen lehnen ein „radikales Umkrempeln unseres bisher sehr erfolgreichen Bildungssystems ab“. Sie wollen die „finanzielle Privilegierung“ der Gemeinschaftsschule beenden. Obwohl die Liberalen nicht glauben, „dass sich die zahlreichen Hoffnungen erfüllen werden, die sich die Befürworter der Gemeinschaftsschule versprechen“, sollen die bestehenden Einrichtungen Bestandsschutz erhalten.

Zukünftig sollen Verantwortliche in sogenannten „Bildungsregionen“ eigenständig darüber entscheiden, welche Schulen in einem Gebiet eingerichtet werden.

## **Ganztagschulen**

Die Eltern von Grundschulern sollen die Wahl haben, ob sie ihr Kind "für eine verpflichtend-rhythmisierte Ganztagsbetreuung, für offene Angebote am Nachmittag oder nur zu einem wesentlich am Vormittag stattfindenden Unterricht anmelden", heißt es im Parteiprogramm der FDP. Ganztagsangebote sollen vom Land gefördert werden - egal, ob Ganztagschulen, Horte oder freie Träger diese anbieten. Die Liberalen wollen außerdem darauf achten, dass Ganztagsangebote die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie tatsächlich verbessern - dafür sollen sie "die übliche Arbeitszeit plus Fahrzeiten durch die Betreuung" abdecken.

## **Schulpolitik: Inklusion**

Die Liberalen wollen Inklusionsangebote an allgemeinen Schulen einrichten, aber „Sonder- und Förderschulen nicht ins Hintertreffen geraten lassen“. Diese hätten sich mit ihren Spezialisierungen eine „unverzichtbare Expertise“ bei der Förderung von jungen Menschen mit Behinderungen erarbeitet. Die Schulverwaltung soll geeignete Alternativen erarbeiten, unter welchen sich die Eltern von Kindern mit Behinderungen entscheiden können. Wichtig sei eine gute Koordinierung der Bildungs- und Förderangebote vor Ort.

## **Verkehrspolitik**

Die FDP will insgesamt eine Milliarde Euro in die baden-württembergische Infrastruktur investieren. Damit soll auch der Ausbau von Breitband-Internetverbindungen gefördert werden. Der Straßenbau soll zukünftig wieder stärker gefördert werden, die Zuschüsse für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs sowie des Rad- und Fußverkehrs sollen entsprechend sinken. Die Mittel für Erhalt und Ausbau der Landesstraßen sollen dauerhaft steigen. Der Radverkehr innerhalb der Kommunen soll auch auf die Erfordernisse von Berufspendlern ausgerichtet werden.

Beim Schienenverkehr wollen sich die Liberalen weiterhin für das Bahnhofsprojekt "Stuttgart 21" und die Neubaustrecke nach Ulm einsetzen. Die Rheintalbahn, die ein "wichtiger Transitkorridor im europäischen Nord-Süd-Verkehr" sei, soll menschen- und umweltgerecht ausgebaut werden.

## **Innere Sicherheit**

Bei der Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen will die FDP laut Wahlprogramm den Verfolgungsdruck erhöhen. Dafür sollen die "notwendigen Ressourcen" bereitgestellt werden, die Täter sollen auch grenzüberschreitend besser bekämpft werden. Außerdem sollen die "Beratungsangebote der Polizei für Haus- und Wohnungseigentümer und Mieter" ausgebaut werden". Es sei "mindestens zweifelhaft", ob die Polizeireform der grün-roten Landesregierung zur Leistungsfähigkeit der Polizei beigetragen habe, finden die Liberalen. Diese soll geprüft werden, damit notwendige Korrekturen vorgenommen werden können. Die FDP will außerdem die Polizei "durch insgesamt 1.000 neue Stellen vor allem in den 146 Polizeirevieren verstärken" und die technische Ausstattung der Beamten mindestens auf dem bestehenden Niveau halten.

Eine Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum lehnen die Liberalen aus Datenschutzgründen ab. Videoaufnahmen in öffentlichen Gebäuden und auf öffentlichen Plätzen sollen "präzisen Regeln" unterworfen werden.

## Die Linke



### Flüchtlingspolitik

Flüchtlinge müssen menschlich aufgenommen und behandelt werden. Doch Grün-Rot schiebt weiter ab, auch Familien, auch in Krisengebiete. Menschen in Not verdienen unsere Solidarität. Wir wollen, dass sie hier arbeiten dürfen und nicht in heruntergekommenen Baracken hausen müssen. Deshalb brauchen die Kommunen mehr Geld von Land und Bund. Die Kosten für die Unterbringung, Gesundheit und soziale Betreuung müssen vom Land finanziert werden.

### Kinderbetreuung

Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Ihre Erziehung, ihre Bildung und ihr Wohl sollten der Gesellschaft mehr wert sein als bisher. Doch die SPD hat ihr zentrales Wahlversprechen aus dem Jahr 2011 gebrochen, im ersten Schritt ein gebührenfreies Kitajahr einzuführen. Kitas müssen gebührenfrei sein. Wie in Bayern sollte der Weg zur Schule kostenfrei sein, ebenso das Schul- und Kitaessen. Auch Ganztagesangebote müssen für alle zugänglich sein und dürfen nicht vom Geldbeutel abhängen.

### Bildungspolitik

Jeder Schritt zur Gemeinschaftsschule ist ein Schritt weg von sozialer Auslese bei der Bildung. Doch dazu braucht es gute Schulen in jedem Kreis. Der grün-rote Stellenabbau verhindert das. Gute Bildung muss alle einbeziehen, auch Migranten oder Menschen mit Behinderung. Die Bildungslandschaft bleibt ein Flickenteppich. Lernmittelfreiheit ist nicht durchgesetzt. Die Umsetzung von Gemeinschaftsschulen bleibt inkonsequent. Noch immer ist die Streichung von 3200 Lehrerstellen im Land geplant.

### Verkehr - Sozialticket einführen & Bus und Bahn ausbauen

Die Benutzung von Bus und Bahn muss allen möglich gemacht werden. In Stadt und Land und unabhängig vom Einkommen. Gut ausgebaute Bus- und Bahnangebote in der Fläche sind sinnvollere Investitionen als das Milliardengrab Stuttgart21.

## **Innere Sicherheit**

### **Nazis und Rassisten stoppen - Verfassungsschutz auflösen**

Die rassistischen Verbrechen der NSU und der Mord in Heilbronn haben gezeigt, dass Naziterror vor unserer Haustür existiert und der Verfassungsschutz Teil des Problems ist und nicht die Lösung. Die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Nazistrukturen ist zu beenden und alle V-Leute sind abzuschalten. Zivilcourage ist nötig und gemeinsam mit Migrantinnen und Migranten für eine demokratische und soziale Gesellschaft zu streiten. Der Verfassungsschutz gehört aufgelöst und ersetzt durch ein Landesamt für Demokratie und Bürgerrechte.

# AfD



## Flüchtlingspolitik

Die AfD steht für ein Ende der Massenzuwanderung und des Asylmissbrauchs!

Deutschland nimmt seit Jahren die weitaus meisten Asylbewerber aller EU-Staaten auf, die – in der Regel illegal – nach Europa einreisen. Im Jahr 2015 werden es nach offiziellen Schätzungen weit mehr als eine Millionen sein.

Die AfD spricht Klartext: Fast alle Ankommenden, die auf Dauer zu bleiben gedenken, sind keine „Flüchtlinge“. Sie sind nicht an Leib und Leben bedroht, vielmehr brechen sie, angezogen von Versprechungen der Bundeskanzlerin, überwiegend aus den heimatnahen Auffanglagern oder Drittländern auf, in denen sie bereits sicher waren. Sie sind in der weit überwiegenden Mehrzahl minder- oder unqualifiziert; dasselbe gilt für ihre Familienangehörigen, die in Millionenzahl nachziehen werden. Sie alle wandern direkt in die deutschen Sozialsysteme ein, die unter der Wucht dieses Aufpralls vor dem Zusammenbruch stehen. Eine Integration dieser Masse in Staat und Arbeitsmarkt ist unmöglich.

Humanitäre Hilfe bejahen wir – sie muss aber vorübergehend sein und vor allem in den Herkunftsregionen erbracht werden.

Die AfD fordert einen sofortigen Stopp der unkontrollierten Masseneinreise. Von denen, die jetzt kommen, müssen ausnahmslos alle, deren Asylanträge abgelehnt werden, wieder abgeschoben werden. Gefordert werden außerdem gesetzliche Maßnahmen mit dem Ziel, Zuwanderung möglichst auf Menschen zu begrenzen, deren gesellschaftliche und kulturelle Sozialisation und deren Mentalitäten mit unseren Werten und Maßstäben vereinbar sind und deren Bildung den Anforderungen unseres hochentwickelten Staates genügt.

## Integration – Garant für ein friedliches Zusammenleben

Die AfD sieht Integration in erster Linie als Bringschuld der Zuwanderer, die allerdings staatliche Unterstützung hierzu erwarten dürfen. Das Bekenntnis zu unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung, das Erlernen der deutschen Sprache und das Bestreiten des eigenen Lebensunterhalts

Erachtet sie als die Mindestvoraussetzungen gelungener Integration. Die Zuwanderer müssen sich der deutschen Gesellschaft anpassen, nicht umgekehrt.

## **Kinderbetreuung**

Die AfD setzt sich für ein Angebot von freiwilligen, auch nichtstaatlichen Betreuungsmöglichkeiten für Kindergarten- und Schulkinder ein. Verbindliche Ganztageseinrichtungen für alle Kinder lehnen wir ab, da sie in die Elternrechte eingreifen und private Freizeitaktivitäten (Sport, Instrumentalunterricht etc.) stark einschränken. Die AfD fordert, dass Eltern frei entscheiden können, ob sie ihre unter 3-jährigen Kinder einer Kita anvertrauen oder lieber selbst betreuen wollen.

Kindergärten sind Orte des spielerischen Lernens. Kinder lernen in einer funktionierenden Beziehungswelt. Nur wenn sie sich emotional gesichert fühlen, können sie sich unbeschwert entfalten und mit allen Sinnen ihre Umwelt erschließen. Eine Überfrachtung mit künstlichen frühkindlichen Lernprogrammen lehnen wir ab.

Die AfD möchte daher die häusliche Erziehung stärken.

## **Bildungspolitik**

### **Für ein differenziertes, leistungsorientiertes Bildungssystem**

Die AfD fordert ein leistungsorientiertes und differenziertes Schulsystem mit klaren Profilen. Sie steht für den Erhalt des mehrgliedrigen Schulsystems und ein hohes Maß an Bildungsdurchlässigkeit. Die Schüler werden in allen Schultypen unter besonderer Berücksichtigung der Persönlichkeitsentwicklung individuell gefördert und gefordert

Wir fordern neben den Ganztagschulen auch weiterhin Halbtagschulen und Schulen mit wenig Nachmittagsunterricht für alle Kinder in erreichbarer Entfernung. Am Nachmittag findet wichtige Förderung statt wie zum Beispiel Musikunterricht oder Aktivitäten in den Sportvereinen. Die freiwillige Aktivität, sei es im Spielen der Kinder in der Natur, im freiwilligen Lernen oder im Leistungssport der Jugendlichen ist wichtig für die gesunde Entwicklung. Sie kann durch Schule nicht ersetzt werden.

Wir sind gegen den ideologischen Ansatz der Gleichmacherei, wie er in der Gemeinschaftsschule Programm geworden ist. Es wird weder Neugründungen geben noch zwangsweise Umstellung von Realschulen zu Gemeinschaftsschulen. Es ist sicherzustellen, dass die herkömmlichen Schulformen, insbesondere Realschule und Gymnasium auch in ländlichen Gebieten in erreichbarer Entfernung vorhanden sind.

Wir fordern den Erhalt der spezialisierten Sonderschulen. Für viele Behinderungen braucht es gesondert ausgebildete Lehrkräfte. Zudem kann in Spezialschulen auf besondere Schwierigkeiten im Elternhaus reagiert werden.

Der Umgang mit behinderten Jugendlichen braucht besondere Ausbildung und eine besondere Eignung der Lehrkräfte. Lehrer mit der Qualifikation Sonderpädagogik sind hochqualifizierte Lehrkräfte. Diese verantwortungsvolle Aufgabe gehört in die Hände von gut ausgebildetem Fachpersonal. Inklusion nicht zu



Lasten lernwilliger und begabter Kinder erzwingen und Überforderung der Lehrkräfte vermeiden. Die Inklusion darf nicht das Lernen der Mitschüler beeinträchtigen, denn auch diese haben ein Recht auf optimale Förderung.

## **Verkehr**

### **Den ländlichen Raum wirksam fördern**

Der ländliche Raum muss durch geeignete Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen erhalten und gefördert werden. Die AfD unterstützt die Erarbeitung innovativer Konzepte für die Versorgung des ländlichen Raumes.

Der ländliche Raum in Baden Württemberg ist ein attraktiver Lebensraum mit aktivem Dorf- und Gemeindeleben und funktionierendem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das kann nur erhalten werden, wenn weiterhin öffentliche Mittel zur Förderung des ländlichen Raumes in den Dörfern investiert werden. Dazu gehört der öffentliche Nahverkehr für die Anbindung an die Städte. Das erhöht den Wohnwert auf dem Lande und sorgt dafür, dass die junge Generation ihre Heimatgemeinde nicht zugunsten von Bildung oder Arbeit verlassen muss. Infrastrukturmaßnahmen und der Ausbau des Internets sind wesentliche Meilensteine, die es zu erreichen gilt.

## **Innere Sicherheit**

Die grün-rote Landesregierung hat durch ihre Kürzungspolitik bei Justiz und Polizei, ihre Ignoranz der Kriminalitätsentwicklung sowie ihre falsche Einschätzung der Einwanderungsproblematik schwerwiegende Versäumnisse bei der Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit zu verantworten.

Nicht nur das subjektive Bedrohungsgefühl der Bürger hat zugenommen, wie oft beschwichtigend behauptet wird; die Kriminalitätsstatistiken belegen objektiv, dass der öffentliche Raum deutlich unsicherer geworden ist. Die AfD fordert deshalb, dass die Strafgesetze endlich wieder konsequent angewendet und Justiz und Polizei mit den notwendigen rechtlichen, personellen und materiellen Ressourcen ausgestattet werden.

Die AfD fordert außerdem zur Verbrechensbekämpfung 20% mehr Polizisten im Außendienst, sowie ein effektiverer und konsequenterer Einsatz gegen Schwere Kriminalität und Pornographie.

Des Weiteren ist sie gegen jede Form von Extremismus. Die Bekämpfung von Islamismus, Links- und Rechtsextremismus muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet werden.